

Sammelbesprechung

Von der Krise der Demokratie zur Krise der Gegenwartsdiagnose? Zur Überzeugungskraft aktueller Analysen des politischen Wandels

Colin Crouch, Postdemokratie revisited. Berlin: Suhrkamp 2021, 278 S., kt., 18,00€

Anton Jäger, Hyperpolitik: Extreme Politisierung ohne politische Folgen. Berlin: Suhrkamp 2023, 278 S., br., 18,00€

Hanna Ketterer / Karina Becker (Hrsg.), Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa. Berlin: Suhrkamp 2019, 271 S., br., 20,00€

Philip Manow, (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Berlin: Suhrkamp 2020, 160 S., br., 16,00€

Wolfgang Merkel, Im Zwielficht: Zerbrechlichkeit und Resilienz der Demokratie im 21. Jahrhundert. Frankfurt am Main: Campus 2023, 381 S., kt., 39,00€

Friedbert Rüb / Veith Selk / Rieke Trimçev (Hrsg.), Die Erosion der Demokratie: Beiträge von Michael Th. Greven zur kritischen Demokratietheorie. Wiesbaden: Springer VS 2020, 232 S., kt., 49,99€

Armin Schäfer / Michael Zürn, Die demokratische Regression. Berlin: Suhrkamp 2021, 247 S., kt., 16,00€

Besprochen von **Prof. Dr. Hans-Joachim Schubert**: Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin, E-Mail: hans-joachim.schubert@khsb-berlin.de und **Prof. Dr. Jens Wurtzbacher**: Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin, E-Mail: jens.wurtzbacher@khsb-berlin.de

<https://doi.org/10.1515/srsr-2024-2001>

Schlüsselwörter: Demokratie, Repräsentation, Populismus, Gegenwartsdiagnose, Krise

Einleitung

An aktuellen Diagnosen zum Zustand der Demokratie(en) herrscht kein Mangel. Von Transformation über Krise, Entkernung hin zu Zerfall und Ende, ob schleichend oder abrupt, alle Positionsbestimmungen sind dabei, auch die kühl distan-

zierte Anmerkung, jede dieser Einschätzungen sei heillos übertrieben. Es fällt selbst dem bemühten Leser schwer, den Überblick zu behalten. Dies gilt umso mehr, als sich der politische Kontext schneller zu verändern scheint, als sich die Beiträge publizieren und rezipieren lassen. Der Topos „Krise“ ist der derart ubiquitär, dass er seinen aufrüttelnden Charakter größtenteils eingebüßt hat. Noch benommen von den politischen Kontroversen der Covid-19-Pandemie, veränderte der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine die Realität der westlichen Demokratien grundlegend, verschärft nochmals durch die Angriffe auf den Staat Israel. Blieben die Erschütterungen der Weltfinanzkrise 2008/2009 und der Staatsschuldenkrise 2011 noch einigermaßen in der ökonomischen Sphäre konzentriert, erleben wir mittlerweile eine unübersichtliche Situation sich überlappenden und miteinander verbundener Krisenmomente, die die Wohlfahrtsdemokratien erheblichen Fliehkräften aussetzen. Die Folgen des Klimawandels, steigende Pandemierisiken, der Aufstieg illiberaler und imperialer Mächte sowie (wieder-)aufflammende Kriege, fordern die westlichen Wohlfahrtsstaaten heraus. Gleichzeitig schwinden deren Fähigkeiten, ihre Gesellschaften ökonomisch und politisch zu integrieren. Ein sich ausdifferenzierendes Parteienspektrum, gleichermaßen nervöse wie aggressive öffentliche Diskurse und insbesondere der beunruhigende Aufstieg rechtsextremer und antidemokratischer Kräfte, belasten Demokratien neben einem verlangsamten ökonomischen Wachstum, sich vertiefenden sozialen Ungleichheiten sowie der Konkurrenz mit global agierenden Wirtschaftsmonopolen, die ihre Macht zuungunsten der Nationalstaaten ausspielen. Nicht zuletzt zeigen sich die internen und externen Erschütterungen miteinander verbunden; autoritäre Staaten unterstützen gezielt illiberale Kräfte innerhalb der Demokratien, provozieren Flüchtlingsströme mittels bewaffneter Interventionen und antidemokratische Wirtschaftsmagnaten investieren enorme Summen in die Förderung rechtspopulistischer Gruppierungen und Einzelpersonen. Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und möglicherweise der Aufstieg eines neuen Faschismus (Mason, 2022; Franke, 2023) stellen veritable Bedrohungen der demokratischen Gemeinwesen dar; gleichzeitig wackelt das Vertrauen der Bürger:innen in die Problemlösungsfähigkeiten der Demokratie gehörig.

Besitzen in dieser Situation die demokratischen Akteure ausreichend Kraft, um die demokratischen Regime der westlichen Staaten dauerhaft zu stabilisieren? Zum Zweck der Würdigung und Diskussion der vorliegenden Monographien haben wir vier Erklärungsansätze für die „Krise der Demokratie“ unterschieden. Den Pfad einer „sozioökonomischen Erklärung“ beschreiten *Colin Crouch* sowie *Klaus Dörre*, *Nancy Fraser*, *Stefan Lessenich* und *Hartmut Rosa*; sie sehen die Demokratien in substanzieller Weise durch neue Mächte des Kapitalismus beschädigt. Eine „politische Erklärung“, die vorrangig interne Steuerungs- und Repräsentationsprobleme der demokratischen Politik für deren Krise verantwortlich macht, schlagen *Armin Schäfer* und *Michael Zürn* sowie *Philip Manow* vor. *Anton Jäger* dagegen betont „so-

zial-integrative“ Ursachen, in dem er die Schwächung demokratischer und den Aufschwung exkludierender Gemeinschaften hervorhebt. *Michael Th. Greven* schließlich hat sich in seinen von *Friedbert Rüb*, *Vieth Selk* und *Rieke Trimcev* wiederveröffentlichten Arbeiten der 1990er und ersten Jahre des 21. Jahrhunderts neben den ökonomischen, politischen auch mit kulturellen Ambivalenzen und Spannungen auseinandergesetzt, die zu einer Erosion der Demokratie beitragen können.

1. Krise der Demokratie: Sozioökonomische Erklärung – Wirkung und Macht des Kapitalismus

In der Auseinandersetzung mit Wandlungsprozessen der Demokratie hat kaum ein Begriff eine derartige feuilletonrelevante Prominenz erlangt wie die 2003 von *Colin Crouch* artikulierte Verfallsdiagnose der „Postdemokratie“. Sie beschreibt einen Struktur- und Funktionswandel der repräsentativen Demokratie zu einem institutionell und formal zwar intakten, jedoch um seinen partizipativen Kern beraubten Arrangement, in dem die Bürger:innen keine aktive Rolle mehr spielen: Ein „Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, [...] in dem [...] konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte [...] so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt [...]“. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle [...]. Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten“ (Crouch, 2008, S. 10). Wie beurteilt *Crouch* nun 20 Jahre später die Postdemokratie, nachdem besonders rechtspopulistische Bewegungen das politische System in Aufruhr versetzt haben? In „Postdemokratie revisited“ dienen die Krisen der letzten Jahre *Crouch* als Prüfstein: Dazu zählen die Verschärfung sozialer Ungleichheiten, die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09, die europäische Schuldenkrise 2011 sowie die Coronakrise (Crouch, S. 10). Als Fazit rückt er nicht wesentlich von seiner Postdemokratiethese ab, obwohl die politische Bewältigung dieser Krisen auch als Anzeichen für die Wiederkehr der steuernden Politik nach über 30-jähriger neoliberaler Auszehrung gelten könnte. Zwar erkennt auch *Crouch* zunächst eine Auferstehung politischen Gestaltungswillens zur Eindämmung der deregulierten Finanzmärkte an, jedoch allenfalls als kurzfristiges Innehalten, bevor sich erneut die Interessen der Finanzakteure durchsetzen konnten. Vor allem in der durch die Krisenpolitik massiv gewachsenen Staatsverschuldung sieht er einen weiteren Dreh der Finanzakteure, ihre Interessen gegen die der Bürger:innen durchzusetzen. Nach *Crouch* sprechen die rigiden Fiskalregeln einer rein

ökonomisch interpretierten Wirtschafts- und Finanzpolitik für eine fortschreitende postdemokratische Entkernung der Gesellschaft.

Ebenfalls um das Verhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie kreisen die Debattenbeiträge von *Klaus Dörre*, *Nancy Fraser*, *Stefan Lessenich* und *Hartmut Rosa* in „Was stimmt nicht mit der Demokratie?“ (Ketterer & Becker). Die Vertreter:innen der „Kritischen Theorie“ sind sich, so die Herausgeberinnen des Bandes, darin einig, dass „wir es mit einer Krise zu tun haben, jedoch weniger mit einer Krise der Demokratie als mit einer des Kapitalismus“ (Ketterer & Becker, S. 13). Für *Lessenich* hat seit den 1970er Jahren eine „neoliberale Transformation“ stattgefunden, die an die Stelle einer „posttraumatischen Prosperitätssubjektivität der Nachkriegszeit nach und nach eine durch das Ende des Booms geprägte Krisensubjektivität“ hat treten lassen (Lessenich in Ketterer & Becker, S. 128), dadurch wurden „Widerspruchsdynamiken“ innerhalb der Demokratie ausgelöst, wie etwa eine „reaktionäre Dialektik“ (Lessenich in Ketterer & Becker, S. 130), nach der sich „sozialstrukturell besser Positionierte dagegen wehren, dass die schlechter Gestellten nachziehen“ oder eine „Logik der Demokratie“ nach der „die Gemeinschaft der Berechtigten“ eine „Entrechtung der Natur“ vornimmt (Lessenich in Ketterer & Becker, S. 135). Auch *Dörre* sieht die Demokratie durch „Mechanismen systemischer Entdemokratisierung“ unterminiert (Dörre in Ketterer & Becker, S. 36): Dazu zählt eine „marktgetriebene Entdemokratisierung“, die „weltweit enorme Zunahme der Vermögens- und Einkommensungleichheit“ (Dörre in Ketterer & Becker, S. 36–37), die „bürokratische Entdemokratisierung“ durch die EU – für *Dörre* eine „Mischform aus Imperium und transnationalem Staat“ (Dörre in Ketterer & Becker, S. 38–39) – die „simulativ-symbolische Entdemokratisierung“ durch „die gesamte politische Klasse“, die „fortwährend über den Klimawandel und dessen desaströse Folgen redet, wo doch politisch-praktisch wenig bis nichts geschieht“ (Dörre in Ketterer & Becker, S. 40–41). Hinzu kommt eine „digitale Landnahme“ im Zuge einer „technologischen Entdemokratisierung“ durch „große Konzerne“ (Dörre in Ketterer & Becker, S. 41–42). *Fraser* identifiziert ebenfalls den Neoliberalismus als Bedrohung der Demokratie, da im „finanzialisierten Kapitalismus die Zentralbanken und globalen Finanzinstitutionen die Nationalstaaten als Lenker einer zunehmend globalisierten Ökonomie abgelöst haben“ (Fraser in Ketterer & Becker, S. 92), so dass „Angelegenheiten, die früher als direkt in den Aufgabenbereich des demokratischen politischen Handelns fallend angesehen wurden, nun zu Tabuzonen erklärt und den Märkten überlassen werden“ (Fraser in Ketterer & Becker, S. 95). Für *Rosa* stehen weniger die vom modernen Kapitalismus verursachten sozialen Ungleichheiten und Bedrohungen des demokratischen Prozesses im Fokus, sondern die darin enthaltenen kulturellen Entfremdungen. Der kapitalistische „Steigerungs- und Beschleunigungszwang“ hat die Resonanzverhältnisse der Gesellschaft (Ansprüche des „Hörens und Antwortens“) beschädigt. Diese „Krise der Resonanz“ verursacht auch das Erstarken des autoritären Rechtspopulismus. Die Anhänger des Rechts-

populismus sind „enttäuscht“, „depressiv“, „entfremdet“ und haben „in wachsendem Maße das hoffnungslose Gefühl [...], ihre Welt sei politisch nicht gestaltbar, sie hätten keine wirksame Stimme, die Zukunft sei ihnen verschlossen, die Strukturen der Lebenswelt stünden ihnen geradezu feindlich gegenüber“. Bei der Frage nach den Ursachen positioniert sich *Rosa* eindeutig: „Um es kurz zu machen: Dieser Eindruck rührt daher, dass er richtig ist.“ (Rosa in Ketterer & Becker, S. 174–175)

Allerdings erlangt der Rechtspopulismus aus Sicht des Autors (wie alle anderen politischen Bewegungen) keine politikveränderte Macht, denn „die Lebenswelt verändernden Imperative sind struktureller und systemischer Natur“ (Rosa in Ketterer & Becker, S. 183–184) und können deshalb durch politisches Handeln nicht verändert werden. Gleichzeitig ist nach *Rosa* in der entfremdeten Gesellschaft auch kein nicht-entfremdetes Leben möglich, denn „eine genuin demokratische Resonanzsphäre [...] lässt sich substantiell und dauerhaft nur jenseits der Moderne, in einer anderen Gesellschaft etablieren“ (Rosa in Ketterer & Becker, S. 182–183).

Kann dann überhaupt eine „Demokratie der Resonanzsphäre“ gelingen? Vor dem Hintergrund seiner radikalen Skepsis gegenüber der Reformierbarkeit gesellschaftlicher Strukturen, wirken *Rosas* normative Appelle eigentümlich konventionell: Erstens sollte Partizipation verbessert werden, durch die Bestimmung von Vertreter:innen in Gremien per Los (Rosa in Ketterer & Becker, S. 179); zweitens sollte es eine Reform der Repräsentation geben, indem Politiker:innen und Parteien „eigene und substantielle Vorstellungen des Gemeinwohls [...] artikulieren [...], sich aber für die Argumente, Einwände und Gegenvorschläge der Bürger:innen [...] empfänglich zeigen“ und drittens sollte eine Synchronisation der in modernen Gesellschaften desynchronisierten Gesellschaftsbereiche der „Politik und Wirtschaft, Wissenschaft, Medien, Ökologie etc.“ stattfinden (Rosa in Ketterer & Becker, S. 181–182). Darüber, ob diese normativen Ansprüche vielleicht schon verwirklicht sind, und wenn nein, wie sie verwirklicht werden könnten, gibt der Text keine Auskunft. Ähnlich sphärisch lässt sich *Lessenich* zur Frage „Was tun?“ ein. Ihm schweben „neue demokratische Subjektivitäten“ vor „aus denen sich neue Kollektivitäten bilden könnten – im Sinne neuer gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse, Naturverhältnisse und Weltverhältnisse. Im Zentrum dieser neuen gesellschaftlichen Verhältnisse stünde die demokratische Idee einer – tatsächlich – verallgemeinerten Wechselseitigkeit.“ Ganz ernst scheint *Lessenich* seinen Ausblick selbst nicht zu nehmen, wenn er zum Schluss einräumt, dass er doch noch „Träume“ äußern dürfe (Lessenich in Ketterer & Becker, S. 138). Im Reich der Visionen trifft er sich mit *Dörre*, der seinerseits eine neue Bewegung erahnt, die analog zur „Losung“ der Studierendenbewegung „Enteignet Springer“, dem „Schlachtruf“: „Enteignet Zuckerberg, demokratisiert Facebook“ folgen könnte (Dörre in Ketterer & Becker, S. 50). Während sich *Lessenich* und *Dörre* noch unsicher zeigen, ob derart ausgerichtete neue

Bewegungen tatsächlich auftauchen, ist für *Frazer* die „Krise an sich“ des Kapitalismus zu einer „Krise für sich“ geworden, da „eine kritische Masse zu dem Schluss kommt, dass diese Ordnung durch kollektives Handeln transformiert werden kann und muss“ (Fraser in Ketterer & Becker, S. 96). Für Fraser deutet ausgerechnet der global aufsteigende Links- wie Rechtspopulismus – „so verschieden sie auch sind“ – auf eine „weit verbreitete Entschlossenheit hin, mit dem Neoliberalismus und den Parteien, die ihn ermöglicht haben, abzuschließen. In ihrer Zurückweisung des vorherrschenden Commonsense und der politischen Eliten denken die Akteur:innen [des Links- und Rechtspopulismus], die sie vorantreiben, über den Tellerrand hinaus und erwägen neue Perspektiven und politische Projekte“ (Fraser in Ketterer & Becker, S. 97). *Frazer* führt in ihrem Text keine kritische Auseinandersetzung mit beiden Bewegungen. Aus ihrer Perspektive leisten Links- wie Rechtspopulismus berechtigten Widerstand gegen die bestehenden Verhältnisse und zeigen Alternativen zum Kapitalismus auf, die von ihr nicht in Frage gestellt werden. Diese Kritik müsste aber geleistet werden, sonst wird radikaler Antiliberalismus und Extremismus eklatant verharmlost.

Auch *Crouch* interpretiert die neuen populistischen Bewegungen als aktuelle Reaktion auf das Eindringen der Ökonomie in die Politik. Für deren „ungebetenes, lautes und ruppiges Vordringen“ (Crouch, S. 139) scheint er bisweilen sogar eine gewisse Sympathie zu empfinden, solange unter Populismus nur eine politische Aktionsweise verstanden wird. Er attestiert jedoch denjenigen Bewegungen falsche politischen Schlüsse, die im Sinne eines „nostalgischen Pessimismus“ agieren: Bei der mit Abstand größten Gruppe der „Neuen Rechten“ (Crouch, S. 144) mischt sich eine nostalgische Grundstimmung mit Pessimismus zu einer ressentiment- und wutgeladenen Politik der Feindbilder, die dem „Willen des Volkes“ unverfälscht durch demokratische Prozeduren – notfalls durch Gewalt – zum Durchbruch verhelfen will. Letztlich bricht *Crouch* dann aber doch eine Lanze für die Institutionen, die er selbst der Bürgerferne und Korruption durch Konzerninteressen bezichtigt hat. Für ihn könnte die Demokratie durch Kooperationen zwischen den etablierten Parteien und demokratischen zivilgesellschaftlichen Bewegungen belebt werden, die „die Bedeutung positiver Werte herausstreichen und unnachgiebig auf den Irrweg hinweisen, auf den uns die Politik des nostalgischen Pessimismus zu führen versucht“ (Crouch, S. 257). Gleichwohl zeigt sich *Crouch* der Tatsache bewusst, dass die Flüchtlingsströme sowie die manipulative Macht der sozialen Medien, dieser Revitalisierung im Wege stehen, wogegen er politische Bildung und die Reform politischer Abläufe ins Spiel bringt. Letztlich bleiben aber seine Ausblicke auf mögliche Wege zur Revitalisierung der Demokratie eher kleinlaut. Akademisch spitzfindig liest sich auch sein Hinweis, wonach es darauf ankommt, einerseits die demokratischen Defizite zu bekämpfen und die Übernahme von Staat und Demokratie durch Plutokraten nicht zu verharmlosen, gleichzeitig aber „ungebärdige Eindring-

linge“ nur solange willkommen zu heißen, wie sie den demokratischen Gepflogenheiten entsprechen (Crouch, S. 171).

Kann die sozioökonomische Kapitalismuskritik überzeugend das „ungebärdige Eindringen“ autoritärer Rechtspopulisten:innen in die Demokratie erklären, wo doch die Kritische Theorie davon ausgegangen ist, dass der Kapitalismus durch linke Bewegungen überwunden wird? Für *Armin Schäfer* und *Michael Zürn* bleibt deshalb auch „rätselhaft, wieso sich diese Gruppe [der ökonomisch Benachteiligten] an autoritär-populistischen und nicht etwa an linke Parteien wendet, deren Markenkern der Kampf gegen Ungleichheit und für sozialen Schutz ist“ (Schäfer & Zürn, S. 16, 85). Von der Klassenfrage führt kein direkter – rationaler – Weg zum Rechtspopulismus, deshalb müssen Brückenthesen eingefügt werden, die einen Nexus zwischen ökonomischer Benachteiligung und Autoritarismus (nicht Interessenpolitik) herstellen. Dazu zählt etwa die Theorie des „autoritären Charakters“, die nahe legt, dass sich ökonomisch Benachteiligte deshalb autoritären Bewegungen anschließen, weil andere Wege verstellt sind, um strukturelle Zwänge der Arbeitswelt zu verarbeiten. Auch für Anerkennungstheorien ist die ökonomische Schlechterstellung von Menschen nicht allein Motivation rechtspopulistischer Bestrebungen, sondern erst die kulturelle Abwertung durch eine bessergestellte kosmopolitische Mittelschicht (vgl. Reckwitz 2017, S. 277–285). Ein weiterer gewichtiger Einwand gegen die sozioökonomische Erklärung des Rechtspopulismus lautet, dass eine Abkehr von der Demokratie nicht „nur“ in benachteiligten, sondern ebenso in ökonomisch privilegierten Milieus stattfindet (vgl. Lengfeld, 2017 und Schröder, 2018). Auch in diesen Fällen müssten psychologische Erklärungen einsetzen: Einerseits könnte dann die Angst vor ökonomischem Abstieg eine emotionale Unterstützung des Rechtspopulismus hervorrufen, andererseits ließe sich damit die Schuld abwehren, unverdient Etabliertenvorrechte in Anspruch zu nehmen, da der Rechtspopulismus die Privilegierung der Bürger:innen des globalen Nordens durch eine völkische Ideologie der Ungleichheit legitimiert und damit die Gewissensfrage Wohlhabender stilllegt.

2. Krise der Demokratie: Politische Erklärung – Defizite der repräsentativen Demokratie

Armin Schäfer und *Michael Zürn* formulieren in „Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus“ die These, dass „erst der politisch selektive Umgang mit gesellschaftlichen Veränderungen eine populistische Abwehrreaktion provoziert“ (Schäfer & Zürn, S. 17). Aus zwei Gründen sehen die Autoren eine „demokratische Regression“: Erstens sind nichtmajoritäre politische

Institutionen entstanden, die jenseits des Nationalstaats nur ungenügend durch demokratische Wahlen und Prozeduren legitimiert sind, so dass sich die „demokratische Praxis vom Ideal der kollektiven Selbstbestimmung“ zunehmend distanziert. Zweitens sitzen in Parlamenten vermehrt diplomierte „Karrierepolitiker“, was „die Gefahr verschärft, dass das Parlament nicht hinreichend responsiv gegenüber unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen ist“ (Schäfer & Zürn, S. 96). Dadurch entsteht eine „deutliche Schieflage zugunsten der Reichen“ und der „liberalen Globalisten“. „Diplomiertendemokratie“ und „nichtmajoritäre Institutionen“ verhelfen tendenziell den Interessen der kosmopolitisch gehobenen Mittelschichten zum Durchbruch. Beide Aspekte einer „demokratischen Regression“ werden durch Daten empirischer Sekundärstudien gut belegt (vgl. Schäfer & Zürn, S. 96–101 sowie S. 107–114).

Zwar diagnostizieren *Schäfer* und *Zürn* mit der Repräsentationslücke und der wachsenden Macht demokratisch schwach legitimierter Institutionen zwei aktuelle Probleme der Demokratie, jedoch bleiben sie eine ausgewogene Bilanzierung demokratischer Politik schuldig. Um zu evaluieren, ob die Schwächen der Demokratie den Aufstieg des autoritären Populismus motivieren, müssten neben den Problemen auch die unbestreitbaren Erfolge der Demokratie dargestellt werden, denn nur unter dem Strich einer solchen Abwägung, macht die Behauptung Sinn, dass Schwächen der Demokratie eine Abkehr von selbiger motivieren. Zwei Fragen bleiben deshalb offen: Haben sich erstens, neben der „Repräsentationslücke“, nicht auch neue Partizipationschancen entwickelt, die für Menschen unterschiedlicher Schichten „mehr“ demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten eröffnen (wie anschließend *Phillip Manow* argumentieren wird) und sind nicht zweitens neue demokratisch legitimierte Organisationen neben nichtmajoritäre Institutionen getreten, die die „Gesamtmenge politischer Autorität erhöht“ hat (Schäfer & Zürn, S. 113)? Ist die Demokratie nicht nur schwächer und schlechter, sondern auch stärker und besser geworden?

Neben den beiden analysierten Problemen der Demokratie liefern *Schäfer* und *Zürn* tatsächlich auch Belege für eine starke Krisenbewältigungskompetenz aktueller demokratischer Politik. In Auseinandersetzung mit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008, der Aufnahme von Asylsuchenden seit 2015 und der Coronakrise ab 2020 konstatieren die Autoren, dass diese Krisen und Belastungen erstens nicht durch die Politik ausgelöst wurden – sondern durch Banken, Diktatoren und ökologische Faktoren – und dass sich zweitens das Krisenmanagement der etablierten Demokratien „sowohl im historischen als auch im Systemvergleich als einigermaßen erfolgreich“ erwiesen hat (Schäfer & Zürn, S. 164).

Da *Schäfer* und *Zürn* die These dezidiert ablehnen, dass Bürger:innen „schlecht informiert seien oder durch Scharlatane in die Irre geführt würden“ (Schäfer & Zürn, S. 195), können sie das „Paradox“ nicht auflösen, dass das Vertrauen in die

demokratische Politik zurückgeht, obwohl die Politik erfolgreich schwere Probleme löst, die sie nicht verursacht hat. Die Entwicklung oder Persistenz autoritärer Einstellungen in Teilen der Bevölkerung, die Verbreitung von Verschwörungsglauben sowie die Abneigung gegenüber der Demokratie und demokratisch gewählten Politiker:innen, muss somit weitere bzw. andere Ursachen haben. *Schäfer* und *Zürn* sehen zwar, dass es Bevölkerungsteile gibt, die „unverbesserlich an rassistischen Denkmustern festhalten“ und dass „autoritär-populistische Parteien auch deshalb gewählt werden, weil Menschen rassistisch denken oder plurale Lebensentwürfe ablehnen“ (*Schäfer & Zürn*, S. 195), sehen darin aber keine überprüfungswürdige Ursache für die Krise der Demokratie.

Philip Manow entwirft in „(Ent-)Demokratisierung der Demokratie“ eine „politische Theorie des Populismus“, die sich auf zwei parallel und in Widerspruch zueinander ablaufende Entwicklungen stützt, die er als „Demokratisierung“ und „Entdemokratisierung“ bezeichnet. Zu einer „Entdemokratisierung der Demokratie“ kommt es aus seiner Sicht vor allem durch „Demokratiegefährdungsdiskurse“ (*Manow*, S. 124), da sich nach dem Ende des Kommunismus und der Systemalternativen nur noch Demokrat:innen begegnen, die nun aber „Lager bilden, um sich wechselseitig zu attestieren, in Wahrheit Antidemokraten zu sein“ (*Manow*, S. 145). Die vormals nach außen gerichtete Abgrenzung gegenüber Faschismus und Kommunismus lebt nun innerhalb der Demokratien als „wechselseitiger Verdacht der Lager, die Demokratie entweder völkisch zu deformieren oder internationalistisch auflösen zu wollen“ fort (*Manow*, S. 146). Die These, dass eine innere Gefährdung der Demokratie entstanden sei, weil die Demokratie ihren äußeren Gegner verloren hätte, erscheint vor dem Hintergrund wachsender Bedrohungen demokratischer Gesellschaften durch autoritäre Staaten nicht plausibel. Konkreter wirkt *Manows* zweite These zur „Demokratisierung der Demokratie.“ Sie besagt, dass die Demokratie im Prozess ihrer historischen Entwicklung „demokratischer“ geworden sei, wodurch paradoxerweise in jüngster Zeit eine „Krise der Repräsentation“ ausgelöst wurde. Ganz im Gegensatz zu *Schäfer* und *Zürn*, sieht *Manow* die Ursache der „Krise der Demokratie“ nicht darin, dass unterprivilegierte Menschen „zu wenig“ repräsentiert würden (Repräsentationslücke), sondern ganz im Gegenteil, gewinnen sie „zu viel“ demokratischen Einfluss, weil sich die kontrollierende Macht der „Repräsentation“ in der Krise befindet. Nicht die von *Schäfer* und *Zürn* kritisierten verweigernden Partizipationschancen benachteiligter Schichten gefährden laut *Manow* die Demokratie, sondern die Ausweitung der Teilhabemöglichkeiten für diejenigen, die von den bürgerlichen Eliten einst als „Pöbel“ gebrandmarkt wurden. Schon die Anfänge der modernen Demokratie in den USA und in Europa zeichneten sich für *Manow* dadurch aus, dass gesellschaftliche Eliten einem großen Teil der Bevölkerung die Fähigkeit abgesprochen haben, rationale politische Wahlentscheidungen zu treffen. „Die Frage der Demokratie lautete also zunächst, wie das Volk regiert,

ohne dass das Volk regiert“ (Manow, S. 36). Die Erfindung der Repräsentation entstand als Lösung für das Problem, den „Pöbel, das Niedere, das Gemeine [und] dessen Versuche sich Geltung zu verschaffen“ zu kontrollieren. Durch Repräsentation kann das Dilemma gelöst werden, dass die „Souveränität beim Volk liegt [...], dass das Volk sie [jedoch] nie ausüben darf“ (Rivarol in Manow, S. 35) – „repression by representation“.

Jedoch hat, so *Manow*, der „nicht stillstehende demokratische Impuls, das nicht stillzustellende Streben nach Gleichheit“ (Manow, S. 49), die repressiven Elemente der Repräsentation zunehmend zurückgedrängt. Die Demokratie ist demokratischer geworden, weil in vielen Ländern „institutionelle Einschränkungen gegen das demokratische Gleichheitsprinzip Schritt für Schritt“ abgebaut wurden. Diese Demokratisierung ermöglicht nun, so *Manow*, dass der „Demokratie vor allem von der Demokratie Gefahr zu drohen scheint, weil sie immer häufiger ‚im Namen der Demokratie‘ angegriffen wird“, denn die neuen populistischen Bewegungen und Führer „geben vor, in ihrem Namen anzutreten“ (Manow, S. 14–15). Eingerissene Schranken des repräsentativen politischen Systems verschaffen Populist:innen demokratische Macht, um die Demokratie selbst zu gefährden und gleichzeitig verhindern neu aufgebaute Beschränkungen sozioökonomischer Mobilität, die „Zivilisierung“ des „Pöbels“ durch Inklusion in höhere Schichten. Der „Pöbel [kehrt] lautstark wieder, weil die Macht keine Integrationsangebote mehr unterbreiten will oder kann“ (Manow, S. 172). Kurz gesagt: Mitglieder „unterer“ Schichten werden nicht mehr durch den Eintritt in bürgerliche Schichten zivilisiert und gefährden mit ihren undemokratischen Einstellungen die Demokratie, weil die Kontrolle durch Repräsentation nicht mehr funktioniert. *Manows* These provoziert die Frage, ob seine Charakterisierung von Pöbel und Volk die empirische Wirklichkeit komplexer Sozialstrukturen ausreichend darstellt. Sind die Unterstützer:innen populistischer Bevölkerungsgruppen als „launisch“ und „unkontrolliert“ tatsächlich zutreffend beschrieben? Wurden sie nur von den Leinen sozialer Mobilitätskanäle und einer strikten Zugangskontrolle zur politischen Elite davon abgehalten, die Demokratie in Stücke zu reißen? Wenn dem so wäre, bleibt es zumindest erklärungsbedürftig, weshalb die großen Aufschwünge der populistischen Bewegungen zeitlich weder mit der Einführung direktdemokratischer Elemente einhergingen noch mit sozialpolitischen Einschnitten, sondern eher mit migrationspolitischen Ereignissen korrespondierten. Außerdem thematisiert *Manow* überhaupt nicht die Frage, wie es zu antidemokratischen Einstellungen in unteren, mittleren oder oberen Schichten der Gesellschaft kommt.

Die Erklärungen des Rechtspopulismus durch neue sozioökonomische Ungleichheiten oder Funktionsprobleme der repräsentativen Demokratie kann nicht vollständig überzeugen. Weshalb wenden sich Menschen von demokratischer Politik ab, obwohl diese – trotz vorhandener Steuerungsprobleme – gut funktioniert

und wenn sie mehrheitlich – trotz ökonomischer Ungleichheiten – weiterhin in einer reichen Wohlstandsgesellschaft leben?

3. Krise der Demokratie: Schwund des Sozialkapitals, Politisierung und Vereinsamung

Eine Antwort darauf könnte sein, dass sich Menschen emotional nur schwach an die Demokratie gebunden fühlen, so dass sie diese schon bei geringen Funktionsproblemen verlassen können. Aus Sicht einer Theorie normativer Integration braucht die Demokratie – um stabil zu bleiben – Anhänger:innen, die sie verteidigen, auch dann, wenn demokratische Politik nicht alle individuellen Interessen erfüllen kann. Eine bindende „Leidenschaft“ (Emil Durkheim) für die Demokratie können Individuen im alltäglichen Leben „gesellschaftlicher Gemeinschaften“ entwickeln, wenn sie dort demokratische Erfahrungen machen, die sich in ihrem emotionalen Haushalt niederschlagen. Der belgische Historiker *Anton Jäger* unterbreitet in seinem Aufsatz zur „Hyperpolitik“ einen auf soziales Kapital, Beziehungsnetzwerke und Gruppenstrukturen abzielenden Erklärungsansatz für die Destabilisierung der Demokratie. Die aktuelle Phase der Hyperpolitik, die sich nach den Epochen der Post- und Antipolitik zwar durch eine erneute, intensive Politisierung so gut wie aller Facetten des Lebens auszeichnet, verfügt (anders als die Massenpolitik der Zwischen- und Nachkriegszeit) nicht mehr über einen institutionellen Unterbau. Angelehnt an die von Robert Putnam im Jahr 2000 vorgelegte Untersuchung zum Zerfall der US-amerikanischen Zivilgesellschaft („Bowling Alone“) beleuchtet *Jäger* den Rückgang bzw. die im Zuge neoliberaler Politik vorangetriebene Beseitigung der zentralen politischen Institutionen der „massenpolitischen Ära“: Gewerkschaften, Parteien, Vereine. Darüber hinaus haben auch Nachbarschaftsorganisationen und Kirchen in den vergangenen Jahrzehnten massiv an Mitgliedern verloren. Insbesondere die Arbeiterbewegung umfasste neben politischer und betrieblicher Interessenvertretung auch Freizeitbeschäftigung, Sport sowie Bildung und künstlerische Aktivitäten (*Jäger*, S. 42–43). In Auseinandersetzung mit empirischen Studien und biographischen Berichten (insbesondere mit Didier Eribons „Rückkehr nach Reims“) schreibt *Jäger* den „alten“ Parteien sowohl eine „kognitive Orientierungsfunktion“ (*Jäger*, S. 46) als auch eine den individuellen Alltagsrassismus innerhalb der Arbeiter:innenschaft bindende und in Richtung einer Klassensozialität transformierende Kraft zu. Dieser institutionelle Niedergang hat eine Konstellation entstehen lassen, in der „Gesellschaften aus zunehmend einsamen und vereinzelter Individuen“ bestehen, die sich durch „eine Unfähigkeit [auszeichnen] kollektiv auf politische und ökologische Herausforderungen zu reagieren“ (*Jäger*,

S. 109). In der hyperpolitischen Periode jagt ein politisches Aufregerthema das nächste, sobald man sich einem zugewandt hat, ist das vorherige bereits wieder vergessen, „es entstehen flüchtige, episodische und themengebundene Instant-Denkweisen“ (Jäger, S. 47). Nicht mehr organisierte Massen prägen politische Willensäußerungen, sondern „Gruppen, die auf kurze und starke Reize reagieren, angetrieben von charismatischen Influencern und digitalen Demagogen“ (Jäger, S. 103). Zwar lässt sich auch auf der politisch rechten Seite eine Erosion des sozialen Kapitals feststellen, diese wurde jedoch nicht mit einer derartigen Konsequenz politisch forciert, wie es neoliberale Politiker:innen (z. B. Thatcher und Reagan) gegenüber den Gewerkschaften durchsetzten. Konservative Strömungen konnten ihre institutionellen Strukturen besser bewahren und durch die Gründung von Stiftungen, Instituten und Mitgliedschaftsinstitutionen stärken (Jäger, S. 68–69).

Dass Bindungen an demokratische, den Kompromiss kultivierende Gemeinschaften fehlen, könnte auch erklären, warum rechtsgerichtete Populisten:innen mit ihrem Angebot einer „homogenen Volksgemeinschaft“ erfolgreich sind. Defizite der „gesellschaftlichen Gemeinschaft“ waren schon für Talcott Parsons einer der Hauptgründe für den Aufschwung des Nationalsozialismus in Deutschland und nicht vorrangig Probleme der Ökonomie, Politik und Kultur der Gesellschaft, genauso wie für Theodor Adorno der Faschismus damit zusammenhing, dass die Menschen nach den zerfallenen Autoritäten des Kaiserreichs psychologisch nichts mit dem Auftrag zur Selbstbestimmung anzufangen wussten, weil Demokratie mittels fehlender Sozialisation in demokratischen Gemeinschaften keine Verankerung in deren Psyche fand. Wenn die Demokratie keine „Gewohnheit des Herzens“ (Robert Bellah) ist, können sich Menschen leicht von ihr abkehren und zu nicht-demokratischen Bewegungen umschwenken. „Ohne Reinstitutionalisierung des politischen Engagements“, so bemerkt Jäger abschließend trocken, „wird es [...] bei Volatilität und weitgehender Folgenlosigkeit bleiben, und die Rechten werden weiterhin einen entscheidenden Vorsprung haben“ (Jäger, S. 116). Demokratie müsste aus dieser Sicht als eine „Form des Lebens“ (John Dewey) gesichert werden, die in Sozialisationsinstanzen der Alltagswelt institutionalisiert ist, so dass sie von Menschen erfahren werden kann und sich dadurch eine stabile „voluntaristische“ Bindung an sie entwickelt.

4. Erosion der Demokratie: Kulturelle Erklärung – Die Ambivalenz der Moderne

In der von *Friedbert W. Rüb*, *Veith Selk* und *Rieke Trimcev* unter dem Titel „Die Erosion der Demokratie“ herausgegebenen Sammlung zehn zentraler und aus heutiger Sicht bisweilen fast visionärer Aufsätze des 2012 verstorbenen Hamburger Po-

litikwissenschaftlers *Michael Th. Greven*, widmen sich vier den sich wandelnden kulturellen Fundamenten der Demokratie. Die „Erosion der Demokratie“, eine im Gegensatz zur „Postdemokratie“ und zur „Krise“ auf einen leisen und schleichen Prozess hinweisende Metapher, wird für Greven nicht allein durch ökonomische, politische und soziale Strukturprobleme befördert, sondern ist als Möglichkeit in der kulturellen „Doppelgestalt der Modernisierung“ (Greven, S. 66) auch in der Demokratie angelegt.

Während die „Dialektik der Aufklärung“ (Max Horkheimer und Theodor Adorno) und die „Ambivalenz der Moderne“ (Zygmunt Bauman) zum „Gemeinwesen wenigstens kritischer Sozialwissenschaft und Theorie geworden ist, verbleibt vor allem die politikwissenschaftliche Reflexion über Demokratie nach wie vor im Stande intellektueller Unschuld“ (Greven, S. 66). Die historische Soziologie diskutiert hingegen schon lange die These, dass die moderne Demokratie sowie der moderne Rassismus und Faschismus als Konsequenzen der kulturellen Modernisierung entstanden sind. Spätestens mit der Aufklärung hat sich eine Ambivalenz von Universalismus und Partikularismus in der Kultur westlicher Gesellschaften entwickelt, eine Ambivalenz, die auch die Demokratie kennzeichnet. Deshalb muss „die zwangsläufig bejahende Antwort“ auf die Frage:

„Ist die Demokratie modern? [...] heißen, dass auch sie Teil hat an jener schreckenerregenden, ungeheuerlichen Ambivalenz und Dialektik des Fortschritts, dass uns jedes blinde Vertrauen auf ihre heilende Kraft angesichts zukünftiger Probleme geraubt wäre, dass wir auch diese ‚feste Burg‘ mit dem vielleicht letzten Schritt der Säkularisierung noch verlassen müssen.“ (Greven, S. 67–68)

Der hoffnungsvolle „normative Universalismus des Demokratisierungsgebots“ ist nach *Greven* nicht zu halten, da sich die Doppelgestalt der modernen Kultur in der Demokratie wiederfindet. Beispiel dafür ist 1997 für *Greven*, dass sich in den USA anerkannt rassistische Bewegungen und Gruppen in ihrem Kampf gegen die Emanzipation von Frauen, Schwarzen, aber auch von gays & lesbians, auf die Gleichbehandlungsgrundsätze der liberalen Verfassung berufen, wie sie andererseits ihre kaum verdeckten Aufrufe zum Rassenhass (hate speech) unter Berufung auf die Meinungsfreiheit verteidigen, dann werden die Probleme offenkundig, in die ein liberales Demokratieverständnis gerät (Greven, S. 59).

Auf diese rechtsextremen „Varianten der Identitätspolitik“, so *Greven*, ist die westliche Demokratie „mit ihrer Tradition der in liberalem Sinne bewusst ‚abstrakt‘ konstruierten Citizenship institutionell und normativ schlecht vorbereitet“ (Greven, S. 58). Moderne westliche Gesellschaften sind kulturell differenziert und polarisiert und deshalb durch „Relativismus und Partikularismus aller Positionen“ gekennzeichnet. Die Erwartung, dass diese Differenzen durch demokratische Verfahren befriedigend stillgelegt werden können, wird zunehmend enttäuscht, deshalb plä-

diert *Greven* für die Anerkennung eines „demokratischen Dezisionismus“ (*Greven*, S. 68). Damit geht *Greven* einen Weg zwischen Carl Schmitt und Jürgen Habermas (Rüb et al. in *Greven*, S. 8–10). Während für Schmitt im politischen Ausnahmefall Entscheidungen normativ aus einem Nichts geboren werden und durch dominante Gruppen getroffen werden müssen, sollen nach Habermas politische Akteure verfahrensgeleitet miteinander kommunizieren und sich über die Anerkennung guter Gründe einigen. *Greven* lehnt den undemokratischen Dezisionismus Schmitts ab und betrachtet Habermas Forderung nach kommunikativer Einigung als normativ überlastet. Seine Position liegt näher an Max Webers Forderung nach einer Politik, die demokratisch „harte Bretter bohrt“ und dann zu einer Entscheidung kommen muss, mit der keine Partei vollständig zufrieden sein kann. Damit werden zwar die Möglichkeiten der Demokratie in soziokulturell differenzierten Gesellschaften realistisch abgesteckt, offen bleibt jedoch die Frage, warum es kulturell polarisierten Gruppen der Gesellschaft – trotz der politikwissenschaftlich erklärten Grenzen des demokratisch Machbaren – an Frustrationstoleranz fehlt.

5. Zerbrechlichkeit und Resilienz der Demokratie

Beruhigend liest sich keiner der bislang diskutierten Texte. Dagegen schlägt *Wolfgang Merkel* in seiner soeben erschienenen Sammlung von fünfzehn überarbeiteten Aufsätzen unter dem Titel „Im Zwielficht – Zerbrechlichkeit und Resilienz der Demokratie im 21. Jahrhundert“ einen weniger alarmistischen Ton an, obgleich er bei aller Kritik an den Abgesängen auf die Demokratie einräumt, dass sich während der Überarbeitung der älteren Texte „ungeplant eine gewachsene Ernüchterung, wenn nicht gar Skepsis über die Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie durchgesetzt [hat]“ (*Merkel*, S. 34). Leitend ist für *Merkel* die Frage, ob sich die liberalen Demokratien als fähig erweisen, die Krisen des Klimawandels, der sozialen Ungleichheiten, sowie des wachsenden Illiberalismus unter Wahrung ihrer eigenen Grundsätze zu bewältigen, sich also gegenüber diesen Herausforderungen als resilient erweisen. *Merkel* rückt nicht nur die Krisenanfälligkeit der Demokratien, sondern auch deren Widerstandsfähigkeit in den Fokus. Er unterscheidet verschiedene Resilienzfunktionen (*Merkel*, S. 354–358). Zunächst plädiert er für ein durch wissenschaftliche Erkenntnisse geleitetes Verständnis zukünftiger Entwicklungen (Zukunft verstehen), welches anerkennt, dass aus der Vielfalt wissenschaftlichen Wissens keine eindeutigen Problemlösungen folgen. Diese integrative Leistung bleibt Aufgabe der Politik. Entgegen *Merkels* normativer Forderung lässt sich hingegen beobachten, dass die Stellung der Wissenschaft in der Politik zusehends umstrittener wird und von rechtsextremistischen Akteuren (wie im Übrigen auch von post-strukturalistischen Autor:innen) angezweifelt wird, ob es überhaupt so etwas wie

verlässlichen wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn gibt. Darüber hinaus mahnt *Merkel* eine Problemlösungsfähigkeit an, die sich in der Lage zeigt, „das Dilemma der Asynchronität von politischer Investition und Amortisation“ (Merkel, S. 257) zu überwinden, sprich die Kraft aufbringt, aktuell unpopuläre aber langfristig notwendige Entscheidungen zu treffen. Allerdings stellt sich die Frage, ob nicht weniger die Langfristigkeit das Problem darstellt als vielmehr die unpopulären Konsequenzen von Entscheidungen. Ist nicht die Politik deshalb so zögerlich gegenüber wirksamer Klimapolitik, weil diese mit Wohlstandeinbußen verbunden wäre? Zu guter Letzt benötigen resiliente Demokratien aus *Merkels* Sicht die Fähigkeit zu fairen Entscheidungen (Merkel, S. 358), denen es gerade in Krisenzeiten gelingt, der Gleichwertigkeit und Anerkennungswürdigkeit aller Interessen gerecht zu werden. Jedoch hat sich nicht zuletzt in der Pandemie gezeigt, dass es der repräsentativen Politik offenbar immer schwerer fällt, Teilen der Bevölkerung das Gefühl des fairen Interessenausgleichs zu vermitteln. Möglicherweise krankt es daran, dass immer weniger konsensfähig ist, was für wen zu welchem Zeitpunkt als „fair“ gilt. Der Autor betont in verdienstvoller Weise die Widerstandsfähigkeit von Demokratien, konstatiert aber einen „kaum bestreitbaren Abwärtstrend“ (Merkel, S. 364). Er sieht die Demokratien nicht generell gefährdet, sondern nur dann, wenn Bürger:innen das Vertrauen in gewählte Akteure verlieren, bei einer gleichzeitig größeren Zerbrechlichkeit der liberalen Elemente der Demokratien, also der „individuellen Rechte, der Unabhängigkeit der Gerichte und des pluralistischen Kanons der Öffentlichkeit“ (Merkel, S. 371). Letztendlich bleibt für *Merkel* fraglich, ob sich „reife Demokratien“ als resilient gegenüber ihren Anfechtungen erweisen und sich in der Lage zeigen, „die feine Trennlinie zwischen demokratieförderlichem Pluralismus und demokratieschädlicher Polarisierung“ auszubalancieren (Merkel, S. 377). Im Vorteil gegenüber autokratischen Systemen sieht er die Demokratie vor allem deshalb, weil sie sensibel auf „Änderungen der Umwelt und den Stimmungswandel in der Gesellschaft reagieren“ können, und damit ein „Innovationspotenzial“ besitzen, welches jedoch „die wenigsten liberalen Demokratien hinreichend ausschöpfen“ (Merkel, S. 377). Ob es ihnen in der Zukunft gelingen wird, muss offenbleiben.

Bei aller Wertschätzung gegenüber dem gelassenen Tonfall drängt sich auch hier die Frage auf, ob es nicht gerade die Resilienzfunktionen sind, in die schon nicht mehr rechtspopulistische, sondern möglicherweise bereits faschistische Tendenzen einsickern (vgl. Franke, 2023). So beruhigend sich die Hinweise auf die Fundamente der demokratischen Resilienz lesen, so unklar bleibt, ob diese nicht bereits in einen Strudel von Irrationalismus und Autoritarismus gezogen werden.

Literatur

- Crouch, C. (2008). Postdemokratie. Suhrkamp.
- Eribon, D. (2016). Rückkehr nach Reims. Suhrkamp.
- Franke, B. (2023). Für einen neuen Faschismusbegriff. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 10/2023, 47–60.
- Lengfeld, H. (2017). Die „Alternative für Deutschland“: Eine Partei für Modernisierungsverlierer? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 69, 209–239.
- Mason, P. (2022). Faschismus. Und wie man ihn stoppt. Suhrkamp.
- Reckwitz, A. (2017). Die Gesellschaft der Singularitäten. Suhrkamp.
- Reckwitz, A. (2019). Das Ende der Illusionen. Suhrkamp.
- Schröder, M. (2018). Afd-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research.
- Zick, A. & Küpper, B. & Mokros, N. (Hrsg.) (2023). Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Dietz Verlag.